

Pistorius warnt: SPD muss geschlossen für Sicherheit und Frieden kämpfen!

Verteidigungsminister Pistorius fordert die SPD zur Geschlossenheit auf, um bei der Bundestagswahl erfolgreich zu sein.

Berlin, Deutschland - Berlin – Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) hat eindringlich an seine Partei appelliert, sich für die bevorstehenden Bundestagswahlen zu vereinen. In einem Gespräch mit der Deutschen Presse-Agentur betonte er die Notwendigkeit einer klaren Haltung in Sicherheitsfragen und einem starken Fokus auf Industrie- und Wirtschaftspolitik. „Für die SPD und ihre Kernwählerschaft ist das essenziell“, so Pistorius. Die aktuellen Umfragewerte von 15 oder 16 Prozent sind für ihn unbefriedigend und er fordert eine gründliche Analyse der Ursachen.

Der Minister sieht mehrere Gründe für die unglücklichen Umfrageergebnisse, darunter das Aufkommen populistischer Parteien und eine allgemeine Krisenmüdigkeit in der Bevölkerung. „Die Menschen zweifeln daran, ob wir die multiplen Krisen bewältigen können“, warnte er. Besonders kritisch äußerte sich Pistorius über das Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW), das seiner Meinung nach nicht für die westliche Ausrichtung Deutschlands und die NATO-Mitgliedschaft steht. „Das BSW hat Verständnis für Putin und leugnet die Notwendigkeit, sich zu verteidigen“, erklärte er.

Pistorius als beliebtester Politiker

Trotz der Herausforderungen hat Pistorius in der Bevölkerung an

Zustimmung gewonnen. Laut einer Forsa-Umfrage wünschen sich 57 Prozent der Deutschen ihn als SPD-Kanzlerkandidaten, während Olaf Scholz nur auf 13 Prozent kommt. „Ich bin nicht angetreten, um der beliebteste Politiker zu werden“, sagte Pistorius, der dennoch die Auszeichnung seiner Heimatstadt Osnabrück mit der Justus-Möser-Medaille schätzt. Er plant, im Wahlkreis Stadt Hannover II anzutreten und sieht Potenzial für die SPD, ihre Umfragewerte zu verbessern.

„Wir müssen uns zur Decke strecken und klar auftreten“, forderte Pistorius. Er ist überzeugt, dass die SPD Wähler von der AfD zurückgewinnen kann, wenn sie eine ernsthafte, pragmatische Industrie- und Wirtschaftspolitik verfolgt. Gleichzeitig warnt er vor populistischen Strömungen, die sich Putins Argumentation zu eigen machen und einseitige Erwartungen an die Regierung stellen. „Wir müssen uns in Acht nehmen, dass wir uns von diesen Parolen nicht verwirren lassen“, schloss er.

Details	
Ort	Berlin, Deutschland
Quellen	• www.radioeuskirchen.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at